



wahlkabine.at

Österreichs erfolgreichste Politik-Orientierungshilfe im Internet

Fragen und Standpunkte der Parteien zu den Landtagswahlen in Kärnten 2013.

Hier ein Überblick über die Standpunkte der Parteien und deren Gewichtung der Sachthemen, wie sie vom Redaktionsteam zusammengefasst wurden.

Berücksichtigte Parteien


Für die Realisierung der Internet-Wahlkabine zur Kärntner Landtagswahl 2013 wurden Parteien berücksichtigt, die landesweit kandidieren und bereits in einer Volksvertretung auf regionaler, nationaler bzw. überregionaler Ebene vertreten sind:

- FPK
- SPÖ
- ÖVP
- Grüne
- BZÖ
- Allianz Soziales Kärnten
- Team Stronach
- Piratenpartei

Hintergrundinformationen über Konzept, Realisierung und Methodik finden Sie auf www.wahlkabine.at


1. Soll das Land Kärnten ein Verbot riskanter Spekulationsgeschäfte für alle Gebietskörperschaften einführen?


FPK	Ja	
--		


SPÖ	Ja	
Jede Form von Spekulationsgeschäften sollte für Gebietskörperschaften und deren Tochterfirmen verboten werden.		

ÖVP	Ja	
--		

Grüne	Ja	
--		

BZÖ	Ja	
Das Land verliert - die Bank kassiert - damit muss Schluss sein.		


Allianz Soziales Kärnten	Ja	
Spekulationsgeschäfte jedweder Art sämtlicher Gebietskörperschaften sind einzustellen. In der Vergangenheit getätigte „Geschäfte“ dieser Art sind offenzulegen.		

Team Stronach	Ja	
Das Team Stronach steht für fairen und sachlichen Umgang mit Steuergeld.		


Piratenpartei	Ja	
Nur so ist ein stabiles Finanzmanagement des Landes erreichbar. Kärnten ist eine Gebietskörperschaft, keine Investmentbank.		

2. Soll für die Kulturgüter des Landesmuseums Kärnten ein neues Depot geschaffen werden?


FPK	Ja	
--		


SPÖ	Ja	
Ein neues Depot allein wird nicht ausreichend sein. Der ignorante Umgang mit dem Landesmuseum (einschließlich der bedeutenden Außenstellen) in der jüngsten Vergangenheit ist ein Verrat an der Geschichte unseres Landes, wenn man so will ein Verrat an der "Heimat".		


ÖVP	Ja	
--		

Grüne	Ja	
Das Landesmuseum ist Heimat der wertvollsten Kärntner Kunstschatze. Eine ordnungsgemäße Archivierung ist für die kommenden Generationen von großer Bedeutung.		

BZÖ	Ja	
Die Kärntner Kulturschatze müssen für die kommenden Generationen bewahrt werden.		


Allianz Soziales Kärnten	Nein	
Die Tätigkeit, Finanzgebarung sowie die Ausrichtung des Landesmuseums bedarf insgesamt eines „Reset“. Kassasturz und „Reset“ fordert die ASOK generell im Kulturbereich.		

Team Stronach	Ja	
Das Team Stronach spricht sich im Programm klar für den Neubau des Landesmuseums aus.		


Piratenpartei	Ja	
Wir setzen uns für den freien Zugang zu Kulturgütern für alle Bürger ein. Daher sollte eine adequate Archivierung bzw. Ausstellung der Objekte gewährleistet werden. Um Kosten für den Steuerzahler möglichst gering zu halten, setzen wir uns für die Adaptierung eines bereits bestehenden Gebäude ein.		


3. Soll das Land Kärnten die Möglichkeit zur Abgabe kostenloser Verhütungsmittel (Kondome) in Apotheken, Schulen und Spitälern schaffen?


FPK	Nein	
--		

SPÖ	Ja	
<p>Dabei geht es vor allem um die Gesundheitsvorsorge (Ansteckungsprävention bei HIV, HPV). Wichtig ist es jedoch zukünftig auch die Gebärmutterhalskrebsprävention zu verstärken und die HPV-Impfung besser zu etablieren.</p>		


ÖVP	Nein	
--		

Grüne	Ja	
<p>Sexualität ist für Jugendliche Alltag, der Staat hat daher die Aufgabe für Prävention und Information zu sorgen. Jugendliche bis 18 sollen in der Apotheke Gratis-Kondome bekommen können. Ein offener Umgang mit Sexualität und Kondomen ist wichtig.</p>		









BZÖ	Ja	
<p>Nur in Kombination mit vernünftiger Aufklärung der Jugendlichen.</p>		

Allianz Soziales Kärnten	Ja	
<p>Was spricht dagegen? Außer antiquierter Moral- bzw. ideologischen Vorstellungen unserer Meinung nach nichts.</p>		

Team Stronach	Ja	
--		


Piratenpartei	Ja	
<p>Die Piratenpartei Österreichs befürwortet die Abgabe kostenloser Kondome in Apotheken und insbesondere in Schulen. Zusätzlich muss der Aufklärungsunterricht in den Schulen intensiviert werden und nach Möglichkeit in noch kleineren Gruppen stattfinden.</p>		

4. Soll die Kärntner Parteienförderung gekürzt werden?


FPK	Nein	
--		
SPÖ	Nein	
Eine Kürzung würde nur Tür und Tor für "part of the game"-Geschäfte öffnen. Was jedenfalls umgesetzt werden müsste ist eine stärkere Transparenz. dh. die Bilanzen der Parteien (einschließlich etwaiger Tochterfirmen), die im Ktn. LT vertreten sind, sind dem RH zur Prüfung vorzulegen und anschließend zu veröffentlichen.		
ÖVP	Nein	
--		
Grüne	Ja	
Die Kärntner Parteienförderung gehört zu den höchsten Österreichs. Wir wollen daher eine Kürzung und einen sorgsamem Umgang der Parteien mit Steuergeld: Die Grünen haben als einzige Landtagspartei in Kärnten keine Schulden!		
BZÖ	Ja	
Parteienförderung halbieren und Ersparnis für die Kärntner verwenden.		
Allianz Soziales Kärnten	Ja	
--		
Team Stronach	Ja	
Das Team Stronach führt als einzige wahlwerbende Partei einen Wahlkampf, der nicht mit Steuergeld finanziert ist.		
Piratenpartei	Ja	
Die Piratenpartei Österreichs will nicht, dass die Parteien zusätzliche Steuergelder bekommen, solange die Bevölkerung durch Sparpakete zur Budgetsanierung belastet wird. Daher setzt sich die Piratenpartei Österreichs für eine weitere Kürzung der Förderungen ein.		


5. Soll der aus den Erlösen des Hypo-Verkaufs angelegte Kärntner "Zukunftsfonds" aufgelöst werden?


FPK	Ja	
--		


SPÖ	Nein	
<p>Zuerst muss nach der Landtagswahl ein sog. "Kassasturz" durchgeführt werden. Erst dann wird man einen Überblick über die tatsächliche finanzielle Lage des Landes haben. Jedenfalls kommt eine Auflösung des Zukunftsfonds für das Verteilenvon "Wahlkampfzuckerln" für die SPÖ nicht in Frage.</p>		


ÖVP	Nein	
--		

Grüne	Nein	
<p>Wir halten nichts vom Auflösen des Zukunftsfonds als Wahlkampfzuckerl. Der Zukunftsfonds soll für nachhaltige Investitionen benutzt werden, so etwa für eine "Green-Job-Initiative".</p>		

BZÖ	Nein	
<p>Finger weg vom letzten Notgroschen des Landes. Nur die Zinserträge sollen wie immer geplant, für Arbeitsplätze und Zukunftsprojekte verwendet werden.</p>		


Allianz Soziales Kärnten	Nein	
<p>Der Zukunftsfonds ist eine Nebelgranate im Wahlkampf. Solange die Landesfinanzen nicht transparent aufgearbeitet werden ist es müßig, über diesen Fond zu spekulieren.</p>		

Team Stronach	Nein	
<p>Mit dem Team Stronach wird es das Auflösen des Zukunftsfonds - der eisernen Reserve des Landes - nicht geben.</p>		


Piratenpartei	Nein	
<p>Wir sind gegen die Auflösung des Zukunftsfonds. Wir wollen, dass die Bevölkerung durch direkte Mitbestimmung und mit eigenen Vorschlägen die Ausgabe des Geldes leiten kann. Wir empfehlen den Großteil des Geldes in eine direkte Schuldentilgung zu investieren.</p>		


6. Soll das Land Kärnten mehr Asyl-Aufnahmezentren in direkter Nähe zur Bevölkerung errichten?


FPK	Nein	
--		

SPÖ	Ja	
<p>Es sollte es keine peripheren Aufnahmezentren geben, die "Anhaltelagern" gleichen. Eine optimale Integration von Asylsuchenden muss ermöglicht und die Möglichkeit zur Beschäftigung von Asylsuchenden sollte eröffnet werden. Wir wollen keine Konzentration von Asylwerbern sondern eine ausgewogene Verteilung.</p>		


ÖVP	Nein	
--		

Grüne	Ja	
<p>Asyl-Aufnahmezentren in der Nähe zur Bevölkerung erfüllen die Zielsetzungen der Integration. Wir lehnen eine "Saualm-Ghettoisierung" ab, Asylsuchende dürfen nicht fernab jeder Zivilisation und sozialer Kontakte untergebracht werden.</p>		

BZÖ	Nein	
<p>Kärnten braucht nicht mehr Asylwerberheime wie sie LH Dörfler errichtet hat. Mit dem BZÖ-Modell einer Erstabklärung binnen 72 Stunden würde sich die Frage nicht stellen.</p>		

Allianz Soziales Kärnten	Ja	
<p>Auch in Kärnten/Koroska möge die Umsetzung der allgemeinen Menschenrechte bzw. der EMRK gelingen.</p>		

Team Stronach	Nein	
--		


Piratenpartei	Ja	
<p>Die Piratenpartei Österreichs setzt sich für eine aktive Integration von Asylwerbern ein. Zukünftigen Staatsbürgern soll von Anfang an die Möglichkeit geboten werden, aktiv an der Gesellschaft teilhaben zu können. Asylwerber sollten nicht vor der Bevölkerung versteckt oder weg gesperrt werden.</p>		

7. Sollen in Kärnten ganztägige Schulformen stärker ausgebaut werden?


FPK	Ja	
--		

SPÖ	Ja	
Bildungspolitik ist ein zentraler Bestandteil unseres Wahlprogrammes.		


ÖVP	Ja	
--		

Grüne	Ja	
Ganztagsschulen sind nicht nur ein Betreuungsangebot für Eltern. In modernen Ganztagsschulen geht es um optimale Förderbedingungen für unsere Kinder und um die Befreiung der Kinder vom täglichen Lernstress zu Hause.		

BZÖ	Ja	
Kärnten braucht ein größeres Angebot an Ganztagsschulen, aber ohne Zwang und mit Wahlfreiheit der Eltern.		


Allianz Soziales Kärnten	Ja	
--		

Team Stronach	Ja	
Das Team Stronach befürwortet die Ganztagesbetreuung.		


Piratenpartei	Ja	
Die Piratenpartei Österreichs setzt sich für die Ganztagesbetreuung ein. Familien dürfen nicht in der Gestaltung ihrer Lebensentwürfe und Freiheit unangemessen eingeschränkt werden. Vor allem Frauen sollen die Möglichkeit erhalten, einer Vollzeitbeschäftigung nachzugehen.		


8. Sollen Studierende und Lehrlinge in Kärnten die öffentlichen Verkehrsmittel kostenlos benützen dürfen?


FPK	Ja	
--		


SPÖ	Ja	
Nicht nur Studierende und Lehrlinge, sondern auch Schüler. Auch die Seilbahnen sollten in den Kreis der "öffentlichen Verkehrsmittel" aufgenommen werden und damit eine freie Benützung für alle Kärntner/Innen bis zum 18. Lebensjahr möglich werden.		


ÖVP	Nein	
--		

Grüne	Ja	
Kärnten benötigt eine Offensive der öffentlichen Verkehrsmittel. Um jungen Menschen ein attraktives Angebot zu machen in Kärnten zu bleiben, soll es unter anderem Gratis-Öffis für junge Menschen geben.		

BZÖ	Ja	
Vernünftig wäre ein kostengünstiges, generelles Kärnten-Ticket für alle Kärntner, mit zusätzlichen Ermäßigungen für Junge, Alte und sozial Schwache.		


Allianz Soziales Kärnten	Ja	
Die ASOK fordert Freifahrt nicht nur für Lehrlinge und Studierende, sondern für Alle. Insgesamt schlagen wir eine völlige Neukonzipierung des öffentlichen Verkehrs vor.		

Team Stronach	Ja	
Das Team Stronach steht für eine nachhaltige Förderung unserer Jugend.		


Piratenpartei	Ja	
Die Piratenpartei Österreichs fordert die Durchführung eines Modellversuchs die öffentlichen Verkehrsmittel ohne Fahrschein zu nutzen, nach dem Vorbild der Stadt Hasselt in Belgien, sowie einen Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel.		


9. Soll Kärnten eine private Medizin-Universität erhalten?


FPK	Ja	
--		

SPÖ	Nein	
Zu teuer, unnötig und den Charakter einer "Reichenuni" für jene, die zwar Geld haben, aber den Aufnahmetest an der öffentlichen Universität nicht schaffen.		


ÖVP	Nein	
--		

Grüne	Nein	
Eine private Medizin-Uni wird wohlhabenden Menschen vorbehalten sein. Wir sind für eine bestmögliche Bildung für junge Menschen - unabhängig davon, wie dick ihre Geldtasche ist.		

BZÖ	Ja	
Optimal wäre ein Ausbau der öffentlichen Uni, aber besser eine Privatuni als keine. Das BZÖ ist für ein medizinisch-pharmazeutisches Kompetenzzentrum und technische Studienrichtungen in Kärnten.		


Allianz Soziales Kärnten	Nein	
--		

Team Stronach	Ja	
Das Team Stronach spricht sich dabei für ein privat-öffentliches Mischprojekt aus.		


Piratenpartei	Nein	
Die Piratenpartei Österreichs setzt sich für öffentliche Bildungseinrichtungen und freien Zugang zu Wissen ein. Eine private Universität würde nicht jedem Bürger ein Studium an dieser Universität ermöglichen. Wir sind für einen Ausbau und Erweiterung der bestehenden Studiengänge.		


10. Sollen in Kärnten Frauenquoten für Aufsichtsräte und den öffentlichen Dienst eingeführt werden?


FPK	Nein	
--		


SPÖ	Ja	
Quoten sind zwar kein Allheilmittel, es sollte Qualifikation gegenüber Geschlecht im Vordergrund stehen, aber zumindest in einer Übergangsphase könnten sie hilfreich sein.		


ÖVP	Nein	
--		

Grüne	Ja	
Die gläserne Decke verschwindet nicht von alleine. Im Moment sehen wir Quoten als probates Mittel an um strukturelle Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern überwinden zu können.		

BZÖ	Nein	
Das BZÖ ist gegen jede Form von Diskriminierung. Qualität statt Quote.		

Allianz Soziales Kärnten	Ja	
Männerbünde haben in Kärnten schon genug gewirtschaftet.		

Team Stronach	Nein	
Das Team Stronach sieht in Zwangsregelungen keinen nachhaltigen Vorteil.		


Piratenpartei	Nein	
Die Piratenpartei Österreichs lehnt prinzipiell die Unterteilung nach Geburtsmerkmalen wie Herkunft, Hautfarbe oder Geschlecht ab. Derartige Quoten entsprechen nicht unserer Überzeugung, sie führen oft zu weiteren Spannungen, statt zum Abbau solcher.		


11. Soll das Land Kärnten die Bereitstellung von Verwaltungsdienstleistungen im Internet (e-Government) ausbauen?


FPK	Ja	
--		


SPÖ	Ja	
--		


ÖVP	Ja	
--		

Grüne	Ja	
Verwaltungsverfahren und Behördengänge können durch e-government um ein Vielfaches erleichtert werden. Gleichzeitig können dadurch anfallende Kosten gesenkt werden.		

BZÖ	Ja	
Jede Maßnahme, die die Verwaltung einfacher und bürgernäher macht, ist sinnvoll.		


Allianz Soziales Kärnten	Ja	
Sollte im Jahr 2013 angesichts der technischen Möglichkeiten eigentlich keine Wahlkampf beherrschende Frage sein.		

Team Stronach	Ja	
Das Team Stronach fordert den konsequenten Einsatz von modernen Technologien.		


Piratenpartei	Ja	
E-Government muss zur Norm werden. Wir fordern daher eine zentrale Anlaufstelle für alle Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern. Sämtliche Interaktionen sollen auf dieser Plattform transparent, leicht verständlich und vernetzt erfolgen und auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger optimiert sein.		


12. Sollen in Kärnten Teile der Gesundheitsversorgung privatisiert werden?


FPK	Nein	
--		

SPÖ	Nein	
Nicht mehr als bisher schon bestehend. Im Vordergrund muss eine optimale Gesundheitsversorgung stehen und nicht die Intention mit der Krankheit von Menschen Geschäfte zu machen. Gesundheitsversorgung ist eine Aufgabe der öffentlichen Hand.		


ÖVP	Nein	
--		

Grüne	Nein	
Verwaltungsverfahren und Behördengänge können durch e-government um ein Vielfaches erleichtert werden. Gleichzeitig können dadurch anfallende Kosten gesenkt werden.		

BZÖ	Nein	
Die Daseinsvorsorge muss staatlich kontrolliert bleiben. Gleichzeitig sollen auch private Angebote ausgebaut werden.		

Allianz Soziales Kärnten	Nein	
--		

Team Stronach	Nein	
Gesundheits- und Wasserversorgung dürfen nicht privatisiert werden.		

Piratenpartei	Nein	
Eine weitere Privatisierung der Gesundheitsversorgung führt zu einer Gewinnmaximierung und zu einer eventuellen Kostenbenachteiligung der Patienten. Zugang zu Spitzenmedizin soll keine Frage der finanziellen Möglichkeiten der Patienten sein.		

13. Soll der Anteil von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache in Kärntner Schulklassen gesetzlich beschränkt werden?

FPK	Nein	■
--		

SPÖ	Nein	■
Das kann man pauschal nicht regeln, weil aufgrund der dezentralen Schulstruktur in Kärnten so eine Regelung nicht funktionieren würde. Nicht die Zahl der Kinder ist entscheidend, sondern die Möglichkeit der Betreuung; dh. mehr Lehrer/Innen wäre gescheiter.		

ÖVP	Nein	■
--		

Grüne	Nein	■ ■
Integrationsmaßnahmen sind für unser Zusammenleben wichtig. Wir halten nichts davon, Kinder nach Sprachen zu trennen. Wichtig ist eine funktionierende Integration in der Schule.		

BZÖ	Ja	■
Soweit möglich, sollten Ghettoklassen von Migranten vermieden werden. Integration ist unverzichtbar und muss auch seitens des Landes unterstützt und gefördert werden.		


Allianz Soziales Kärnten	Nein	■ ■ ■
Die ASOK tritt entschieden gegen Apartheid auf.		

Team Stronach	Nein	■
--		

Piratenpartei	Nein	■ ■
Unterricht in der eigenen Muttersprache ist dringend notwendig für Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache, um ihnen einen umfassenden Erwerb der deutschen Sprache zu ermöglichen. Wir möchten diesen Kindern grundsätzlich zusätzlichen Sprachunterricht in der eigenen Muttersprache ermöglichen.		


14. Soll gesellschaftskritische Kunst in Kärnten mehr gefördert werden als Hoch- und Volkskultur?

FPK	Nein	
--		


SPÖ	Nein	
Es geht nicht um mehr oder weniger, sondern um die Ausgewogenheit.		


ÖVP	Nein	
--		

Grüne	Ja	
Momentan wird gesellschaftskritische Kunst in Kärnten de facto nicht gefördert. Wir stehen für eine offene Kunst.		

BZÖ	Nein	
Für das BZÖ ist jede Form von Kultur gleich viel wert.		

Allianz Soziales Kärnten	Ja	
Ja! Damit der perpetuierte Fasching in Kärnten/Koroska doch zu einem Ende kommt!		

Team Stronach	Nein	
Das Team Stronach unterscheidet nicht zwischen Hoch-, Volks- und kritischer Kultur. Wir sehen Kultur als ein Gesamtanliegen.		


Piratenpartei	Nein	
Gesellschaftskritische Kunst hat die wichtige Aufgabe, in der Gesellschaft einen Reflexionsprozess anzuregen. Sie sollte deshalb in Kärnten im gleichen Maße gefördert werden wie Volkskultur. Wir möchten nicht, dass die Politik entscheidet, ob z.B. ein Kunstwerk gesellschaftskritisch ist oder nicht.		

15. Soll der Kindergarten in Kärnten für alle Kinder kostenlos angeboten werden?


FPK	Ja	
--		

SPÖ	Ja	
--		


ÖVP	Nein	
--		

Grüne	Ja	
<p>Kindergärten sind Bildungseinrichtungen, in denen die Förderung unserer Kinder beginnt. Sie sind das Fundament für eine erfolgreiche schulische Laufbahn. Es sollen in allen Gemeinden moderne Kinderbetreuungsangebote zur Verfügung stehen, in denen unsere Kleinsten auf Wunsch der Eltern bestens betreut werden können. Gratis Kindergärten sind eine Investition in unsere Kinder und damit in unsere Zukunft.</p>		

BZÖ	Ja	
Jedenfalls das letzte Kindergartenjahr muss kostenlos sein.		

Allianz Soziales Kärnten	Ja	
--		

Team Stronach	Ja	
Das Team Stronach steht für ein kostenloses Kindergartenjahr für alle.		


Piratenpartei	Ja	
<p>Die Piratenpartei Österreichs setzt sich für den kostenlosen Kindergarten ein. Familien dürfen nicht in der Gestaltung ihrer Lebensentwürfe und Freiheit unangemessen eingeschränkt werden. Vor allem Frauen sollen die Möglichkeit erhalten, einer Vollzeitbeschäftigung nachzugehen.</p>		


16. Soll das Land Kärnten den Einsatz von elektrisch betriebenen Fahrzeugen verstärkt fördern?


FPK	Ja	
--		


SPÖ	Ja	
--		


ÖVP	Ja	
--		

Grüne	Ja	
<p>Elektromobilität ist grüne Zukunft. Wir unterstützen daher Förderungen für elektrisch betriebene Fahrzeuge.</p>		

BZÖ	Ja	
<p>Die Förderung umweltfreundlicher Techniken und nicht die künstliche Verteuerung herkömmlicher Autos ist vernünftig.</p>		

Allianz Soziales Kärnten	Ja	
<p>Unser Augenmerk gilt zwar dem öffentlichen Verkehr anstatt des Individualverkehrs, aber wo PKW gebraucht werden, können elektrisch betriebene Fahrzeuge eine Alternative zu fossilen Brennstoffen sein.</p>		

Team Stronach	Ja	
<p>Die E-Mobilität ist die Zukunft und muss daher weiter gefördert und ausgebaut werden.</p>		


Piratenpartei	Ja	
<p>Die Piratenpartei Österreichs ist für eine Förderung umweltfreundlicher Beförderungsmittel. Unser Hauptaugenmerk liegt jedoch auf dem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs.</p>		


17. Soll das Land Kärnten angesichts der Klimaerwärmung in Beschneiungsanlagen in niedrig gelegenen Regionen investieren?


FPK	Ja	
--		

SPÖ	Nein	
--		


ÖVP	Nein	
--		

Grüne	Nein	
Beschneiungsanlagen in niedrig gelegenen Regionen sind Energieverschwender und schaden unserer Umwelt und unserem Grundwasser. Ein Ausbau von Beschneiungsanlagen unter 2000 Meter ist nicht sinnvoll und widerspricht dem Umwelt- und Naturschutz.		

BZÖ	Ja	
Wenn es wirtschaftlichen Sinn macht, ja. Gerade kleine Skigebiete sind für Schulsikurse und als Anfängerresort wichtig, damit die Jungen dem Skisport und Tourismus nicht verloren gehen.		


Allianz Soziales Kärnten	Nein	
Das wäre dann so, als ob man den Teufel mit dem Belzebub austreiben wollte.		

Team Stronach	Ja	
--		


Piratenpartei	Nein	
Wir sprechen uns gegen eine Förderung von Beschneiungsanlagen in niedrig gelegenen Regionen aus, da diese Maßnahme nur eine Verzögerung der Auswirkungen der unvermeidbaren Klimaerwärmung ist. Das Finanzieren ohne Ermäßigungen für den heimischen Steuerzahler und Familien darf nicht das Ziel sein.		


18. Soll das Land Kärnten die Angehörigen-Beiträge bei stationären Pflegefällen wieder aufgeben?


FPK	Nein	
--		


SPÖ	Ja	
Diese Beiträge sind eine soziale Schande und werden von der SPÖ nach der Wahl abgeschafft werden.		

ÖVP	Nein	
--		

Grüne	Ja	
Die Einführung des Pflegeregresses durch FPK und ÖVP war eine sozialpolitische Schande. Für FPK und ÖVP sind hilfsbedürftige Menschen nichts anderes als eine finanzielle Melkkuh. Unseren Vorstellungen nach muss das Pflegesystem des Landes solidarisch organisiert sein, das heißt von der Allgemeinheit finanziert werden.		

BZÖ	Ja	
Der Pflegeregress ist unsozial und ungerecht.		


Allianz Soziales Kärnten	Ja	
--		

Team Stronach	Ja	
Wir setzen uns für einen Mittelweg ein, lehnen den Pflegeregress in der aktuellen Form aber ab.		

Piratenpartei	Ja	
--		

19. Soll das Land Kärnten Projekte zum Gedenken an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus stärker fördern?


FPK	Ja	
--		


SPÖ	Ja	
Nur wer sich mit der eigenen Geschichte auseinandersetzt, insbesondere mit der NS-Geschichte unseres Landes, wird die Fähigkeit besitzen, totalitäre Regime bereits im Ansatz zu erkennen und diese zu verhindern.		


ÖVP	Nein	
--		

Grüne	Ja	
--		

BZÖ	Nein	
Gedenken und Wachsamkeit gegenüber totalitären Regimen wie NS und Kommunismus definieren sich nicht in Geld.		


Allianz Soziales Kärnten	Ja	
Genau genommen soll das Land Kärnten mit der Förderung von Projekten zum Gedenken an die nationalsozialistischen Gräuel beginnen.		

Team Stronach	Ja	
Dem Team Stronach ist die Erinnerungskultur - vor allem für die Jugend - sehr wichtig.		


Piratenpartei	Ja	
Wir sprechen uns für eine bessere Aufklärungsarbeit und Förderung von Projekten zum Gedenken in öffentlichen Bereichen aus. Dabei sollte vor allem der regionale Bezug zu Nationalsozialistischen Verbrechen im Vordergrund stehen. Dies würde zu einer besseren Aufarbeitung der Vergangenheit beitragen.		


20. Sollen in Kärnten öffentliche Plätze und Verkehrsmittel mit Videokameras überwacht werden?

FPK	Ja	
--		


SPÖ	Nein	
Kärnten ist, was die persönliche Sicherheit betrifft, ein sehr sicheres Land, da braucht es keine totale Überwachung. Ein mehr an Polizeipräsenz ist jedoch wünschenswert.		


ÖVP	Ja	
--		

Grüne	Nein	
Die Bürger- und Menschenrechte stehen im Zentrum grüner Politik. Unser Ziel ist die Stärkung des demokratischen Rechtsstaates. Sicherheit ist eine unverzichtbare Voraussetzung für eine freizügige Gesellschaft, darf aber nicht durch den Abbau von Bürger- und Freiheitsrechten geschehen. Daher Nein zur Videoüberwachung.		









BZÖ	Ja	
Nur in Bereichen, wo die Sicherheit der Menschen besonders gefährdet ist. Kein Freibrief für einen Überwachungsstaat.		

Allianz Soziales Kärnten	Nein	
--		









Team Stronach	Ja	
Das Team Stronach steht für den konsequenten und zielgerichteten Ausbau der öffentlichen Sicherheit.		

Piratenpartei	Nein	
Die Piratenpartei Österreichs lehnt eine verdachtsunabhängige generelle Überwachung des öffentlichen Raumes strikt ab. In Einzelfällen kann eine Beobachtung oder Überwachung durch Videokameras im nachhinein zur Aufklärung von Straftaten beitragen, diese damit jedoch nicht verhindern.		

21. Soll sich das Land Kärnten weiter für den Austritt der Republik Österreich aus dem Euro-Rettungsschirm ESM einsetzen?


FPK	Ja	
--		
SPÖ	Nein	
Nur in europäischer Solidarität kann man eine friedliche Entwicklung für die Zukunft sicher stellen. Verstärkt wird man Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in ganz Europa ergreifen müssen.		
ÖVP	Nein	
--		
Grüne	Nein	
--		
BZÖ	Ja	
Der Rettungsschirm ist ein Fass ohne Boden. Das BZÖ verlangt einen Zahlungsstopp an Großbanken und Pleitestaaten.		
Allianz Soziales Kärnten	Nein	
Diese Aktivität des Landes halten wir ebenfalls für eine Nebelgranate, die das Augenmerk von brennenderen Problemen ablenken soll.		
Team Stronach	Ja	
Die Bewegung von Frank Stronach lehnt den ESM klar und entschieden ab.		
Piratenpartei	Ja	
Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) ist aus Sicht der Piratenpartei Österreichs kein geeignetes Mittel, um eine Lösung der Schuldenkrise zu erreichen. Der ESM erfüllt weder das piratistische Grundprinzip der Transparenz noch das der Verantwortung.		

22. Soll das Land Kärnten die Möglichkeit eines kostenlosen Schwangerschaftsabbruchs anbieten?


FPK	Nein	
--		
SPÖ	Ja	
Die Einkommensverhältnisse einer Frau dürfen nicht das ausschlaggebende Kriterium für die Frage eines Schwangerschaftsabbruches sein.		
ÖVP	Nein	
--		
Grüne	Ja	
Frauen sollen in der heutigen Zeit ein selbstbestimmtes Leben führen können. Sie müssen das Recht haben selbst zu entscheiden ob, wann und unter welchen Bedingungen sie ein Kind bekommen möchten.		
BZÖ	Nein	
Ausgenommen bei beispielsweise die Gesundheit der Mutter gefährdenden Schwangerschaften oder nach Vergewaltigungen .		
Allianz Soziales Kärnten	Ja	
--		
Team Stronach	Ja	
--		
Piratenpartei	Ja	
Die Piratenpartei Österreichs spricht sich dafür aus, Verhütungsmittel auf Krankenschein auszugeben und Schwangerschaftsabbrüche in öffentlichen Spitälern auf Krankenschein durchzuführen. Auch die HPV-Impfung soll auf Krankenschein durchgeführt werden.		


23. Soll Kärnten die verfassungsrechtlichen Bestimmungen zur Auflösung des Landtags ändern?


FPK	Nein	
--		

SPÖ	Ja	
Eine Totalblockade, wie von einer freiheitlichen Minderheit während des letzten Jahres praktiziert - gegen die Mehrheit des Landtages - darf es in Zukunft nicht mehr geben.		


ÖVP	Ja	
--		

Grüne	Ja	
Durch die bisherigen Bestimmungen konnte die FPK durch Flucht aus dem Landtag eine Mehrheit in Geiselhaft nehmen. Damit muss Schluss sein. Ein Neuwahlbeschluss muss mit einfacher Mehrheit beschlossen werden können ohne Anwesenheitsquorum. Diese Regelung geht auf Ex-Landeshauptmann Haider zurück und gehört abgeschafft.		

BZÖ	Ja	
Die FPK-Blockade hat die Notwendigkeit einer Modernisierung bewiesen.		

Allianz Soziales Kärnten	Ja	
Und zwar in die Richtung, dass keine Fraktion ohne absolute Mehrheit eine Auflösung durch Auszug verhindern kann.		

Team Stronach	Nein	
--		


Piratenpartei	Ja	
Die Piratenpartei Österreichs tritt für eine Reformierung der Bestimmungen zur Auflösung des Landtages ein. Es sollte der Bevölkerung möglich sein, durch basisdemokratische Mittel den Landtag aufzulösen und eine Neuwahl des Landtages zu bewirken, dadurch werden Blockaden verhindert.		


24. Sollen Daten zur Parteienfinanzierung in Kärnten (z.B. des Wahlkampfes) im Internet und in Gemeindeämtern öffentlich zugänglich gemacht werden?


FPK	Ja	
--		


SPÖ	Ja	
--		


ÖVP	Ja	
--		

Grüne	Ja	
Wir fordern ein umfassendes Transparenzpaket für Kärnten. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler haben ein Recht zu erfahren, wozu ihr Steuergeld eingesetzt wird. Dies betrifft selbstverständlich auch die Parteienfinanzierung. Wir stehen für volle Transparenz des Landes gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern.		

BZÖ	Ja	
Transparenz schafft Vertrauen in die Politik und verhindert Korruption wie bei der ÖVP.		


Allianz Soziales Kärnten	Ja	
Ja, wie sämtliche öffentliche Finanzen.		

Team Stronach	Ja	
Das Team Stronach steht für Transparenz und fordert die Offenlegung sämtlicher Zahlen und Daten zur Parteienfinanzierung.		


Piratenpartei	Ja	
Die Piratenpartei Österreichs setzt sich für eine Offenlegung der mit Steuergeldern finanzierten Ausgaben ein. Die Daten sollten ebenfalls in einer maschinenlesbaren Form (Online-Schnittstelle) und unter einer freien Lizenz zur Verfügung gestellt werden.		


25. Soll das Land Kärnten den Teuerungsausgleich weiterhin auszahlen?

FPK	Ja	
--		


SPÖ	Ja	
Aber statt in "Almosenform" ausschließlich auf gesetzlicher Grundlage und im Mindestsicherungsgesetz verankert.		


ÖVP	Nein	
--		

Grüne	Nein	
Der Teuerungsausgleich als Einmalzahlung ist kein effektives Instrument der Armutsbekämpfung. Viel wichtiger sind mittel- und langfristige Maßnahmen zur Existenzsicherung der Menschen.		

BZÖ	Ja	
Ja, aber ohne dass Bürger als Bittsteller auftreten müssen.		

Allianz Soziales Kärnten	Nein	
Schluss mit Landespolitikern die Bargeld im ganzen Land verteilen. Wir fordern bedingungsloses Grundeinkommen für Alle!		

Team Stronach	Ja	
Das Team Stronach spricht sich jedoch für eine komplette Überarbeitung des Modells aus.		

Piratenpartei	Nein	
Wir sind der Meinung, dass es sich hierbei um ein rein populistisches Werbezuckerl der FPK handelt und das Problem nicht an den Wurzeln beseitigt. Eine generelle Erhöhung von Mindestpensionen, Grundsicherung, Mindestlöhnen sowie günstige Wohnangebote sind unwürdigen Almosenverteilungen vorzuziehen.		